



Entwurf Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit



StMUG - Postfach 81 01 40 - 81901 München

European Commission
Directorate-General Environment
Unit F.2 - Institutional affairs and program-
ming
B-1049 Brussels

Mail: ENV-6EAP@ec.europa.eu

Ihre Nachricht

Unser Zeichen
P4a-A0082.0-2011/4-6

Telefon +49 (89) 9214-3282
Dr. Eva Billmeier
Eva.Billmeier@stmug.bayern.de

München
07.04.2011

Final Assessment of the 6th Environment Action Programme
View

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum 6. Umweltaktionsprogramm (6. UAP) nimmt das Bayerische Staatsministerium
für Umwelt und Gesundheit wie folgt Stellung:

1. Allgemeines

Das 6. UAP hat in großem Maße zum derzeitigen gemeinschaftlichen Besitzstand
im Umweltbereich beigetragen. Die Berücksichtigung von Umweltaspekten in nahezu
sämtlichen Politikbereichen leistet einen erheblichen Beitrag zu einer intakten Um-
welt. Insbesondere in Mitgliedstaaten, in denen der Umweltschutz noch gering aus-
geprägt ist, können durch die Vorgaben der Gemeinschaft (wie z.B. der Umwelthaft-
ungsrichtlinie 2004/35/EG) umweltpolitische Verbesserungen und damit ein hohes
Schutzniveau erreicht werden.

Besonders zu begrüßen ist die Förderung freiwilliger Vereinbarungen und die Stär-
kung der Eigenverantwortung. Nur durch Kooperation mit der Wirtschaft kann dau-
erhaft das Umweltbewusstsein der Unternehmer gestärkt werden. Das freiwillige
Umweltmanagementsystem der Europäischen Union EMAS (Eco-Management and
Audit Scheme, Verordnung Nr. 1221/2009) hat dazu einen wesentlichen Beitrag
geleistet.

Im Hinblick auf das vom 6. UAP verfolgte Ziel der „Besseren Rechtssetzung“ wird
besonders die Unterstützung des IMPEL-Netzwerkes sowie die Ausarbeitung von

Standort
Rosenkavalierplatz 2
81925 München

Öffentliche Verkehrsmittel
U4 Arabellapark

Telefon/Telefax
+49 89 9214-00 /
+49 89 9214-2266

E-Mail
poststelle@stmug.bayern.de
Internet
www.stmug.bayern.de

Datei: 2011/23953/6. Umweltaktionsprogramm
Druck: 07.04.2011 16:18:00

Berichten durch die Kommission über die Umsetzung der Umweltvorschriften befürwortet. Sowohl der Austausch zwischen Kommission und Mitgliedstaaten in umweltrechtlichen Fragestellungen, als auch die periodische Analyse der Anwendbarkeit und Wirksamkeit der europäischen Rechtssetzungsakte in den Mitgliedstaaten stellen ein sinnvolles Instrument zur Aufdeckung und Beseitigung etwaiger Schwachstellen im Umweltbereich dar.

Nach Ansicht des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit sollten neben diesen zahlreichen positiven Gesichtspunkten des 6. UAP bei neuen umweltpolitischen Maßnahmen allerdings folgende Aspekte noch intensiver berücksichtigt werden:

Im Hinblick auf das Ziel einer „Besseren Rechtssetzung“ sollten zukünftige europarechtliche Rechtsakte in noch stärkerem Maße auf Vereinfachung und Vereinheitlichung ausgerichtet sein. Dies könnte insbesondere durch eine weitere Vernetzung der einzelnen Richtlinien und Verordnungen und die hierdurch entstehenden Synergieeffekte erreicht werden. So wäre beispielsweise der Erlass einer einzigen Richtlinie, mit der alle bestehenden Elemente der sektoralen Umweltbewertungen im Rahmen sämtlicher EU-Richtlinien abgedeckt (z.B. UVP-, SUP-, Wasserrahmen-, Habitat- und Vogelschutz-, Deponierichtlinie....) und Abgrenzungsschwierigkeiten innerhalb dieser Elemente beseitigt würden, besonders begrüßenswert.

Ein weiterer Schwerpunkt der zukünftigen Europapolitik sollte in der Stärkung freiwilliger, umweltrechtlicher Instrumente, insbesondere EMAS, liegen. So hätte beispielsweise die Aufnahme dieses Managementsystems in andere europarechtliche Umweltrechtsvorschriften eine nicht zu unterschätzende Signalwirkung für die hohe Bedeutung, die die Kommission diesem Instrument im Rahmen des europäischen Umweltschutzes beimisst. Folge dieser Vernetzung wäre eine über das bisherige Maß hinausgehende Verbreitung und Akzeptanz dieses Instruments in den Mitgliedstaaten. Zudem wären Erleichterungen bzw. Begünstigungen für EMAS-Unternehmen bereits auf europäischer Ebene wesentlich effektiver als die in der EMAS-Verordnung den Mitgliedstaaten auferlegten Maßnahmen zur Förderung dieses Umweltmanagementsystems.

Daneben ist nicht zuletzt auch wegen der Zielsetzung „Abbau von Bürokratie“ einer Überregulierung durch Gemeinschaftsrecht entgegenzuwirken und dem Subsidiaritätsprinzip weiterhin ausreichend Geltung zu verschaffen. Gerade das Verwaltungsverfahrensgesetz liegt grundsätzlich in der Hoheit der Mitgliedstaaten. Mögliche Eingriffe in Selbiges, wie beispielsweise durch die Einführung einheitlicher Verfahrensregelungen für Umweltinspektionen auf europäischer Ebene, sind daher unbedingt zu vermeiden. Darüber hinaus sind europarechtliche Rechtsakte mit einem weiten Umsetzungsspielraum zu konzipieren. Nur so können im Rahmen der Umsetzung von Europarecht in nationales Recht die Besonderheiten der jeweiligen Rechtssysteme der Mitgliedstaaten auch weiterhin aufrechterhalten werden. Positiv hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang besonders der auf Grundlage der Richtlinie 2003/35/EG (Öffentlichkeitsbeteiligungsrichtlinie) eingeführte Art 10 a der Richtlinie 85/337/EG (UVP-Richtlinie), wonach hinsichtlich des Zugangs zu Gerichten alternativ auf ein „ausreichendes Interesse“ oder aber eine „Rechtsverletzung“ abgestellt wird. Eine verstärkte Aufnahme derartiger Regelungen wäre begrüßenswert.

2. Klimawandel

Zum Schwerpunkt Klimawandel wird als Zwischenbilanz festgestellt, dass der Handlungsbedarf entsprechend den neuesten Kenntnissen angepasst werden muss; dies betrifft weitere Minderung, Übergang zu einer C-freieren Wirtschaft, Emissionshandel zu einem globalen Emissionsverringersystem (mit Luftverkehr) erweitern. Weitere Anstrengungen sollten bei den Themenfeldern Energie, Verkehr, Industrie und Landwirtschaft unternommen werden.

Das Klima- und Energiepaket hat sich diesen Zielen genähert. Auch der im 6.UAP geforderte

"Dialog" mit Drittländern geht nach Cancun voran. Im Bereich Anpassung wird auf das Grönbuch hingewiesen.

Im Synthesebericht "Die Umwelt in Europa: Zustand und Ausblick 2010" der Europäischen Umweltagentur werden Defizite für Steigerung der Energieeffizienz und Einsatz der erneuerbaren Energien im Bereich Klimawandel für EU 27 aufgeführt. Ein Aspekt, der gerade nach Fukushima verstärkt werden muss. Bei Natur und Biodiversität werden Defizite bei der Belastung der Ökosysteme, dem Rückgang der Biodiversität und der Bodenqualität genannt. Bei Umwelt und Gesundheit: Wasserqualität (Ökologie und Qualität) und Luftverschmutzung.

Zu begrüßen ist, dass für die Betroffenheit der Ökosysteme neben beispielsweise dem Mittelmeerraum und NW-Europa auch die Gebirgsregionen (Gletscher, Ökosystemleistungen) explizit genannt werden. Aus Sicht des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit sollte allerdings zusätzlich auf die Dringlichkeit des weiteren Ausbaus der Erneuerbaren Energien hingewiesen werden. In allen anderen Bereichen ist das Programm auf einem guten Weg und die einschlägigen Problemfelder sind erkannt. Gegebenenfalls könnten Fragen der Klimaflüchtlinge mehr Betonung finden.

3. Natur und Biodiversität

Im Hinblick auf die Erreichung der gesetzten Ziele zur Erhaltung der biologischen Vielfalt (nationale und regionale Biodiversitätsstrategien, EU-Aktionsplan, Strategieplan der CBD) sollten noch folgende Handlungsfelder bearbeitet werden, die im aktuellen Zustandsbericht und Ausblick der EEA "SOER 2010" nicht angesprochen sind:

- Verbesserung der Kenntnislage über den Zustand der biologischen Vielfalt in Europa durch fachliche Optimierung des Berichtswesens und des Monitorings im Rahmen von FFH- und Vogelschutz-Richtlinie,
- Verstärkung der Finanzierungsmöglichkeiten für Naturschutzmaßnahmen, insbesondere im Rahmen der künftigen Agrarumweltprogramme,
- Schaffung von Förderinstrumenten und institutionellen Angeboten zur Unterstützung des fachlichen Austauschs und der Ausbildung von Fachkräften für Biodiversitätsschutz in Europa.

Zum letzten Punkt sei erläuternd darauf hingewiesen, dass in der EU zum Teil erhebliche Unterschiede beim Kenntnisstand über den Zustand der biologischen Vielfalt und Methoden zu deren Erfassung bestehen. Die vorhandenen Kapazitäten könnten besser genutzt werden, wenn der internationale Austausch von Fachleuten stärker gefördert würde. Hierbei sind fachliche und sprachliche Hürden zu überwinden. Gute Beispiele für solche gelungenen internationalen Kooperationen gibt es bereits im Rahmen von Konventionen und Abkommen, z.B. EUROBATS und AEWA. Fachspezifische Bildungsangebote sind insbesondere auch erforderlich, um die erforderlichen Nachwuchskräfte für die verschiedenen Bereiche des Aktionsfeldes Biodiversität in Europa auszubilden. Entsprechende Ausbildungsangebote, die den internationalen Wissenstransfer einschließen und europäische sowie globale Perspektiven vermitteln, sollten von der EU-Kommission initiiert und unterstützt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Sabine Islebe
Ministerialrätin